

EXTRA BLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2023



Schluss mit unkontrollierter Zuwanderung 3

Kurswechsel in der Asylpolitik unumgänglich.



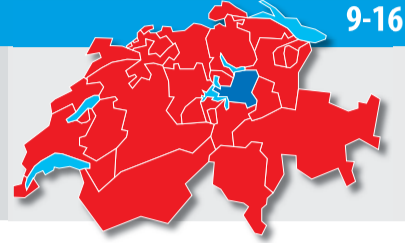
Stopp Genderwahn und Klimakleber 7

Reden, Schreiben, Essen: So will uns Links-Grün umerziehen.



Kanton Schwyz 9-16

Alles Wissenswerte zu den National- und Ständeratswahlen.



Keine 10-Millionen-Schweiz!

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht?

Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Wollen wir einfach zuschauen, wie jedes Jahr rund 80'000 Personen zusätzlich in unsere kleine Schweiz kommen? **Wollen wir eine zubetonierte 10-Millionen-Schweiz?** Oder wollen wir wieder selber bestimmen, wer in unser Land kommt und wer nicht? So kann es nicht weitergehen oder unsere schöne Schweiz geht kaputt. Allein der Bund gibt dieses Jahr über 4 Milliarden Franken für

das Asylwesen aus. **Das sind 450 Steuerfranken, die jeder von uns bezahlen muss!** In einem Jahr! Dazu kommen die Kosten in den Kantonen für Wohnungen, Krankenkasse, Sozialhilfe, Strafvollzug. Diese mehrheitlich jungen Asyl-Männer aus Afrika und arabischen Ländern leben auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Wollen wir das? Dabei können viele

Schweizerinnen und Schweizer ihre Krankenkassenprämien und Mieten kaum mehr bezahlen. Klima-Kleber, Gender-Terror, links-grüner Verbotswahnsinn: **Radikale Minderheiten wollen uns vorschreiben, wie wir zu leben haben.** Ob wir noch Fleisch essen dürfen. Wo wir unsere Ferien verbringen. Sie wollen uns das Autofahren verbieten und keine Männer mehr

auf Strassenschildern zulassen. Sie versuchen, schon Kinder und Schüler mit ihren abstrusen Ideen zu beeinflussen. Dabei kann rund ein Viertel der Schulabgängerinnen und Schulabgänger nicht mehr richtig lesen, schreiben und rechnen. Welche Schweiz wollen wir? Masslose Zuwanderung, Asyl-Chaos, Energiekrise, massiv steigende Preise, Wohnungs-

not, Probleme an den Schulen, zunehmende Gewalt auf den Strassen? Oder eine Schweiz, in der sich Frauen, Kinder und Jugendliche sicher und frei bewegen können, in der sich Arbeit lohnt, in der Asylschmarotzer und Kriminelle das Land verlassen müssen? **Wir als Volkspartei haben gewählt: Wir stehen ein für eine sichere Zukunft in Freiheit.**



Für eine sichere Zukunft in Freiheit

Liste 1



Andrina Trachsel, Mutter von drei Kindern, Feuerthalen (ZH)

«Als Mutter von drei Kindern wünsche ich mir gute Schulen statt Gender-Wahn und eine Schweiz, die stolz auf ihre Traditionen und Werte ist. Dafür steht die SVP!»

Deshalb wähle ich am 22. Oktober



Richtungswahl für eine sichere Zukunft in Freiheit

Ein erneuter Links-Rutsch muss am 22. Oktober unbedingt verhindert werden. Sonst geht unser schönes Land kaputt. Gewinnt die SVP, gewinnt die Schweiz.



Nationalrat **Marcel Dettling**,
Wahlkampfleiter SVP Schweiz, Landwirt,
Oberiberg (SZ)

um die SVP als stärkste Partei die verheerende links-grüne Politik nicht stoppen kann. **Die Erklärung:** Wir haben zwar die grösste Fraktion im Bundeshaus, können aber wenig ausrichten, solange die anderen Parteien von Links bis zur Mitte unter einer Decke stecken. Darum ist es entscheidend, dass wir neue Mehrheitsverhältnisse schaffen.

**Gehen Sie
am 22. Oktober wählen.
Für eine sichere Zukunft
in Freiheit.**



Mehr SVP, damit die Schweiz Schweiz bleibt.

In welche Richtung bewegt sich die Schweiz in den nächsten Jahren? Wollen wir eine Verbots-Schweiz mit immer mehr Vorschriften, Bevormundung und Umerziehung? Wollen wir immer höhere Steuern und weniger Geld zum Leben? Wollen wir noch mehr Klimakleber auf den Strassen und noch mehr Gender-Tage an unseren Schulen? Wollen wir weiterhin eine ungebremste Zuwanderung, das totale Asylchaos und eine 10-Millionen-Schweiz? Das alles – und noch viel mehr – passiert, wenn die Linken und Grünen im Herbst erneut triumphieren.

Zu diesem Katastrophenszenario gibt es nur eine Alternative: Die SVP muss gestärkt werden. Besorgte Bürger fragen mich manchmal, war-

Das droht bei einem Wahlsieg von Links-Grün

Asylchaos ohne Ende

Offene Grenzen, noch mehr Asylschmarotzer und zusätzliche Milliardenkosten: Das blüht uns bei einem Wahlsieg der Linken. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider will sogar Asylanten direkt in die Schweiz einfliegen. Ihre Partei, die SP, fordert die Aufnahme von Asylmigranten aus aller Welt unabhängig vom Asylstatut – aber mit vollem Zugang zu unserem Sozialstaat.

Klima- und Verbotswahn

Die links-grüne Klimapolitik ist ein Desaster: Wir haben zu wenig Strom und die Energiepreise explodieren. Das sogenannte «Klima-Gesetz» haben die Befürworter mit der Lüge durchgebracht, es werde keine Verbote und neue Abgaben geben. Noch am Abstimmungssonntag liessen Cédric Wermuth (SP) und Balthasar Glättli (Grüne) die Maske fallen und kündigten umgehend neue Verbote an.

Ausverkauf der Heimat

Gewinnen die Linken und Grünen die Wahlen, werden sie die Schweiz in die EU und in die Nato führen. Die Neutralität wollen sie abschaffen und Schweizer Waffen und Munition in Kriegsgebiete liefern. Damit gefährden sie unsere Sicherheit, unseren Frieden und unsere Stabilität – und verkaufen unsere Heimat. Dem gilt es entschieden entgegen zu treten. Kämpfen wir für eine sichere Zukunft in Freiheit.

Mit der SVP die Sicherheit stärken

In Europa herrscht Krieg. Doch die Armee kann die Schweiz nicht mehr verteidigen. Auch die innere Sicherheit ist in Gefahr. Nur wer die SVP wählt, macht unser Land wieder sicher.



Ständerat **Werner Salzmann**, Präsident
der Sicherheitspolitischen Kommission
des Ständerates (SIK-S), Mülchi (BE)

Was für ein böses Erwachen! Es herrscht wieder Krieg in Europa – mit Infanterie-Waffen, Panzern, Artillerie und Kampfflugzeugen.

Der Schock sitzt tief. Aber es ist ein heilsamer Schock. Nun ist endlich auch dem Hintersten und Letzten klar, dass mit dem Mauerfall von 1989 nicht der ewige Friede ausgebrochen ist.

Kriege, auch konventionelle, sind jederzeit möglich. Darauf muss die Schweiz vorbereitet sein.

Armee wurde kaputtgespart

Die Armee wurde in den vergangenen Jahrzehnten systematisch kaputtgespart. Sie hat ihre Verteidigungsfähigkeit eingebüsst. 1990 wurden noch 1,6% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in die Armee investiert, 2019 waren es nur noch 0,7%. Wir geben heute mehr Geld aus für das Asylwesen als für die Landwirtschaft.

Das muss schleunigst korrigiert werden, wie es die SVP als einzige Partei seit Jahren fordert. Das Parlament ist endlich erwacht und will bis 2030 das Armeebudget wieder auf mindestens 1% des BIP erhöhen. Ein wichtiger und notwendiger Schritt, damit die Armee die Vollausrüstung der bestehenden Strukturen erreicht und Planungssicherheit für die Erneuerung der Systeme erhält.

Die Schweiz ist kein sicheres Land mehr

Nicht zu vernachlässigen ist auch die innere Sicherheit. Die Kriminalität ist stark angestiegen. Einbrüche, Diebstähle, Gewalt, Drohungen, Vergewaltigungen, Randalen wie kürzlich in Lausanne, die importierte Ausländerkriminalität haben die Schweiz

unsicher gemacht. Mit der Preisgabe der Neutralität gefährden wir Frieden und Stabilität zusätzlich.

Dieser sicherheitspolitische Schlendrian muss ein Ende haben. Das können wir nur erreichen, wenn wir am 22. Oktober die SVP wählen. Für eine sichere Schweiz!



Editorial

Welche Schweiz wollen wir?



Liebe Schweizerinnen
Liebe Schweizer

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht? Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Ich mache mir Sorgen. Im Juni kamen meine Frau und unser Sohn abends nach Hause. Im Garten befanden sich zwei Nordafrikaner. Sie hatten bereits das Auto ausgeräumt. Die Männer waren aus der nahen Asylunterkunft.

Das ist nur einer von vielen Vorfällen in der Schweiz. Wir von der SVP kritisieren schon lange: Diese Leute haben nichts mit Asyl zu tun. Sie kommen mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Bei der grossen Mehrheit handelt es sich um junge Männer aus afrikanischen und arabischen Ländern. Sie suchen sich ihr Asyl-Land aus. Zum Beispiel die Schweiz. Weil sie wissen: Hier gibt es Sozialleistungen und sie können bleiben – dank der linksgrünen Asyl-Industrie. Wer diese Missstände ändern will, wählt SVP.

Unser Wohlstand ist nicht selbstverständlich

Ich mache mir Sorgen um unsere Schweiz. Jedes Jahr kommen rund 80'000 Personen zusätzlich in unser Land. Das entspricht der Bevölkerung des Kantons Schaffhausen oder des Kantons Jura. Man stopft jedes Jahr zusätzlich 80'000 Menschen in unser kleines Land. Ich frage Sie: Wollen wir eine 10-Millionen-Schweiz? Noch mehr Beton? Noch mehr Kriminalität? Staus? Kaum mehr bezahlbare Wohnungen? Klassenzimmer ohne Schweizer Kinder?

Welche Schweiz wollen wir? Wir leben in einem wunderbaren Land. Aber unser Wohlstand, unsere Sicherheit, unsere Freiheit sind nicht selbstverständlich. Als Präsident der SVP kann ich Ihnen versichern: Wir setzen uns für die Schweiz ein. Wir lassen uns auch nicht einschüchtern und nennen Probleme beim Namen.

Wir setzen uns für all jene ein, die etwas leisten in unserem Land und Verantwortung übernehmen. Sei es im Beruf oder in der Familie und für sich selbst. Tragen wir gemeinsam Sorge zu unserer Heimat.

Mit besten Grüessen



Marco Chiesa
Ständerat und Präsident
der SVP Schweiz, Ruvigliana (TI)

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'231'479 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

**Für eine sichere
Zukunft in Freiheit
SVP wählen!**



Die unkontrollierte Zuwanderung zerstört die Zukunftschancen unserer Kinder!

So sieht der Alltag in vielen Klassenzimmern in der ganzen Schweiz aus. Beispiel einer Schulklasse mit 24 Schülerinnen und Schülern in einer Realschule: 1/3 der Schüler hat Sprachprobleme, 1/3 Lernstörungen, 1/3 ist verhaltensauffällig oder verweigert häufig jede Kooperation. So ist sinnvolles Unterrichten und Lernen nicht mehr möglich. Darunter leiden alle leistungsbereiten Kinder, denn ihnen wird damit eine gute Ausbildung verunmöglicht!

Aus dem Leben von Lehrpersonen in der Schweiz

Schweizer Kinder in Minderheit 11.00 Uhr

In Genf sind 45% der Schülerinnen und Schüler fremdsprachig. Im Aargau haben 68% der Kinder unter 7 Jahren einen Migrationshintergrund.

Krisensitzung statt Mittag 12.00 Uhr

Schulleitung, Schulpsychologin und Polizei – eine Schülerin hat einen Schweizer Freund und wird von ihrer Familie bedroht.

Ein Viertel kann nicht richtig lesen 13.45 Uhr

Gemäss PISA-Studie kann ein Viertel der Schweizer Schüler nicht richtig lesen und versteht Textaufgaben nicht. Besonders in Klassen mit hohem Migrationsanteil.

Verdacht auf Zwangsehe 10.15 Uhr

Nach den Sommerferien erscheint ein türkisches Mädchen nicht mehr im Unterricht. Offenbar wurde sie in ihrer Heimat verheiratet.

Tausende Heilpädagogen 15.00 Uhr

A. fehlt – er hat einen Termin vor Jugendgericht. Erziehungsberatung und Psychiater sind eingeschaltet. Einweisung in Wohngruppe beantragt. Kosten muss Gemeinde übernehmen. In der Schweiz gibt es rund 6000 Heilpädagogen. Dazu kommen Logopädinnen, Förderlehrer für fremdsprachige Kinder, Schulpsychologinnen usw.

Schüler schlägt Lehrer 9.30 Uhr

Ein Sek-Schüler in Pruntrut ist während des Unterrichts eingeschlafen. Als er geweckt wird, schlägt der Jugendliche dem Lehrer mit voller Wucht ins Gesicht. Jede zweite Lehrperson im Kanton Jura hat bereits Gewalt erlebt.

Verbot von Weihnachtsliedern 16.30 Uhr

Mail an alle Lehrpersonen: Die Schulleitung verbietet christliche Weihnachtslieder. Aus «Rücksicht gegenüber anderen Kulturen und Religionen».

Integration um jeden Preis 7.45 Uhr

Alle werden in eine Klasse gestopft: Kinder mit Behinderungen, Problemschüler, fremdsprachige Kinder. Diese linksgrüne Ideologie der Gleichmacherei («Inklusion») macht die anderen Schüler zu Bildungs-Verlierern.

Desinteressierte Eltern 19.00 Uhr

Mutter von D. wieder nicht zur Sprechstunde erschienen. Somali-Dolmetscher wieder vergebens aufgebeten – bezahlen müssen wir ihn trotzdem.

Asylpolitik: Kurswechsel ist unumgänglich

Bald 40'000 Asylgesuche, überlastete Gemeinden und überforderte Behörden: Die Situation im Migrationsbereich ist desolat. Selbst die EU diskutiert eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Doch in Bundesbern bewegt sich nichts. Wann übernimmt der Bundesrat endlich Verantwortung?



Nationalrat und Ständeratskandidat **Gregor Rutz**, Mitglied Staatpolitische Kommission, Zürich (ZH)

Die weltweiten Migrationsbewegungen nehmen massiv zu. Hunderttausende strömen nach Europa. Wer so weit reist, tut dies meist aus ganz klaren Gründen. Diese Zuwanderer stossen zwar auf der Asylschiene zu uns, sind aber Wirtschaftsmigranten. Sie hoffen auf bessere Perspektiven und mehr Wohlstand. Und sie wissen: Wer einmal in der Schweiz ist, kann hier bleiben. Auch ohne Asylgrund werden sie nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt. Dauerhafter Aufenthalt in Europa ist garantiert – soziale Hängematte inklusive.

Wer einmal hier ist, kann bleiben

In den letzten 20 Jahren wurden 100'690 Personen trotz abgelehntem Asylgesuch «vorläufig aufgenommen». Fast alle sind noch hier: rund 7'000 haben sogar den Schweizer Pass erhalten! Die meisten Asilmigranten bleiben für immer hier – und unser Asylsystem bietet die Voraussetzungen dazu.

Die Behörden schauen weg und tun nichts, um diese Fehlentwicklung zu korrigieren. Seit Jahren geben wir enorme finanzielle Mittel für den Vollzug des Asylrechts aus, können aber kaum beeinflussen, wer in die Schweiz kommt: «Damit gelangen Personen zu einem kürzeren oder längeren Aufenthalt in die Schweiz, die man eigentlich mit Blick auf den Arbeitsmarkt und auf ihren gesellschaftlichen Hintergrund gar nicht hier haben möchte» (NZZ, 12.2.2003). In einem Satz: Es kommen zu viele und die Falschen.

Neuausrichtung der Asylpolitik

Mit verfahrenstechnischen Änderungen sind die Probleme im Mi-

grationsbereich nicht mehr zu bewältigen. Unsere Gesetze sind veraltet. Wir müssen grundsätzlich umdenken. Potenzielle Migranten dürfen keinen Anreiz mehr haben, nach Europa zu kommen. Dazu gehört die Auslagerung von Asylverfahren.

Die EU will die Verfahren künftig an der Schengen-Aussengrenze durch-

führen. Ob dies reicht, ist fraglich. Erfolgsversprechender scheint der Weg Grossbritanniens, sämtliche Verfahren in Ruanda abzuwickeln. So will die britische Regierung illegale Einwanderer von der Überfahrt auf dem Ärmelkanal abschrecken. Auch die Schweiz muss die Auslagerung der Asylverfahren angehen. Nur so können wir das kriminelle Schlepper-

wesen und den organisierten Menschenhandel stoppen.

Wenn wir konsequent die Hilfe vor Ort ins Zentrum rücken, kann Bedürftigen gezielter geholfen werden. Hilfe und Schutz bedeuten nicht gleichzeitig Aufnahme – von dieser überholten Annahme gilt es sich zu lösen.

Asylbewerber vergewaltigt Frau (46) in Basler WC-Anlage

Im Februar soll sich ein Mann aus Ostafrika in einer öffentlichen Toilette in Basel an einer betrunkenen Frau vergreifen haben. Unfassbar: Da der Beschuldigte bereits wegen sexueller Belästigung verurteilt wurde, hätte er sich gar nicht im Kanton aufhalten dürfen.



Quelle: Blick, 10. Juli 2023

Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am **22. Oktober** **SVP**
Die Partei des Mittelstandes

Die masslose Zuwanderung der letzten 15 Schweizer Bevölkerung in fast allen Leben

Zubetonierung der Landschaft

Die Zubetonierung unserer Landschaft geht einher mit einem massiven Verlust von Landwirtschaftsflächen. Täglich werden in der Schweiz 9 Fussballfelder neue Siedlungsflächen überbaut. Gleichzeitig verschwinden jeden Tag 13 Fussballfelder an Wiesen und Landwirtschaftsland. Das führt zu einer Zersiedelung – und zu einer Schwächung der Versorgungssicherheit mit einheimischen und gesunden Nahrungsmitteln.

Für jeden sichtbar ist die dramatische Veränderung der Schweiz in wenigen Jahrzehnten. Das Mittelland ist in weiten Teilen einer Überbauungsorgie zum Opfer gefallen. Kein Wunder, wenn die Bevölkerung pro Jahr um rund 80'000 Personen wächst – hauptsächlich aufgrund der masslosen Zuwanderung. 80'000 Personen mehr pro Jahr heisst: Man stopft jedes Jahr den Kanton Schaffhausen zusätzlich in die Schweiz – und wundert sich über verschwindende Grünflächen. Es wird eng, laut und grau in unserem Land.



Überlastetes und teures Gesundheitswesen

Auch hier sorgt die masslose Zuwanderung für steigende Kosten. Die 180'000 Personen, die letztes Jahr zusätzlich in die Schweiz gekommen sind, beanspruchen Ärzte, Zahnärzte, Spitäler, Altersheime und so weiter. Damit ist auch klar: Der Fachkräftemangel, namentlich im Gesundheitswesen, ist selbstverschuldet.

Kostenanstieg Prämien 2000 bis 2020



Energie- und Stromverbrauch

Mehr Leute bedeutet mehr Stromverbrauch, das heisst höhere Strompreise. Hinzu kommt: Jede durch die jährliche Zuwanderung «neu entstehende Stadt» muss mit Energie und Strom versorgt werden. Diese Leute brauchen Strom, fahren Auto, wollen in einer geheizten Wohnung leben. Wie der gewaltige Strom-Mehrbedarf gedeckt werden kann, ist völlig unklar.



Explodierende Sozialkosten

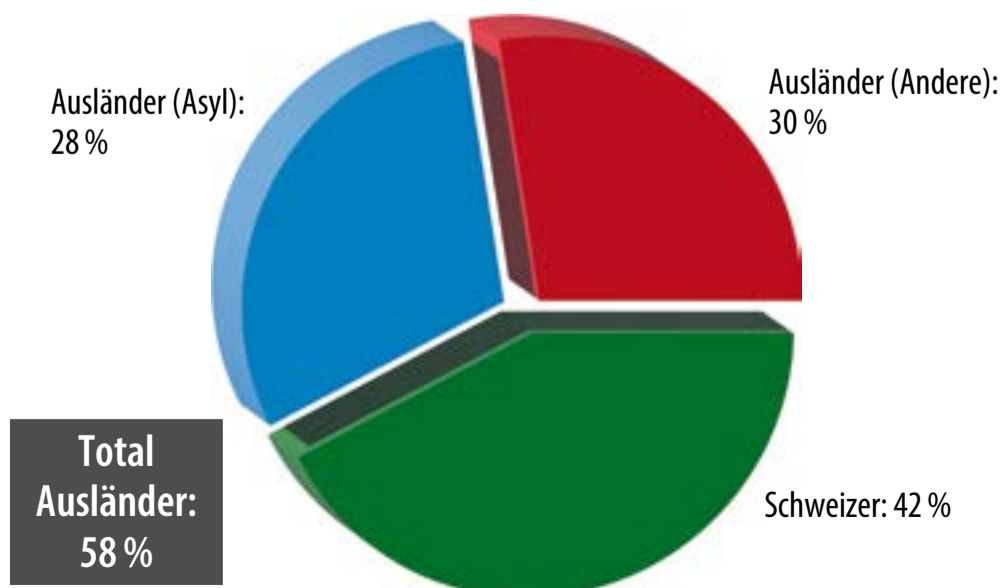
Die Ausländer beziehen viel häufiger Arbeitslosengelder und Sozialleistungen. Es findet eine milliardenteure Einwanderung in den Schweizer Sozialstaat statt. Allein die Zahl der Sozialhilfebezüger aus Afrika ist in den letzten Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt 34,6 Prozent. Oder anders gesagt: Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt auf Kosten der Allgemeinheit.

Ausländer und insbesondere Asylsuchende/Flüchtlinge liegen dem Staat um ein Vielfaches mehr auf der Tasche als Schweizer. Ein Viertel aller «Schweizer» Sozialfälle verfügt über eine B-Bewilligung (hauptsächlich anerkannte Flüchtlinge mit B-Bewilligung).

37'000 Sozialhilfe-Bezüger sind «vorläufig aufgenommene» Asylmigranten mit negativem Asylentscheid. Das heisst: Jeder 8. Sozialhilfebezüger hätte eigentlich kein Recht, sich in der Schweiz aufzuhalten und dann noch auf Kosten der Allgemeinheit zu leben.

Auch bei der Arbeitslosenkasse zeigt sich das gleiche Bild. Im November 2022 waren praktisch gleich viele Ausländer (49,4 Prozent) arbeitslos wie Schweizer (50,6 Prozent). Ausländer sind also bei der Arbeitslosenkasse krass übervertreten: Ausländer sind doppelt so häufig arbeitslos wie Schweizer.

Sozialhilfebezüger nach Aufenthaltsstatus, 2021



Bildungsniveau sinkt

Schweizer Kinder werden zur Minderheit. Rund die Hälfte aller 15jährigen in der Schweiz haben einen Migrationshintergrund. Mehr als in jedem anderen Industrieland der Welt. Selbst das klassische Einwanderungsland Australien liegt deutlich zurück, geschweige denn Deutschland (28%) oder Frankreich (27%). Eine Auswertung im Kanton Aargau zeigt, dass 2021 68% der Kinder unter 7 Jahren in einem Haushalt mit Migrationshintergrund aufwachsen. Die Geburtenrate von Eritreerinnen liegt 4- bis 5-mal höher als von Schweizerinnen. In vielen Schweizer Schulklassen liegt der Anteil der Kinder, die nicht eine der Landessprachen sprechen, bei über 50%. Studien besagen, dass ab einem Anteil von 30% fremdsprachiger Kinder ein qualitativer Schulunterricht kaum mehr möglich ist. Gemäss der PISA-Studie von 2019 können ein Viertel der Schüler nicht richtig lesen und verstehen Textaufgaben nicht mehr.



Infra

Die Staus fünffacht! die Schweiz stoffpreise ihrer Anti-lichen Ver Anschlag.



Quelle: ASTRA

Jahre hat die Lage für die sbereichen massiv verschärft:

Wohnungsnot

Aufgrund der ungebremsen Zuwanderung gibt es kaum mehr freie und bezahlbare Wohnungen in unserem Land. Darunter leiden besonders Normalverdiener, Familien, Alleinerziehende und Senioren.



**Netto-Zuwanderung EU, Drittstaaten, Asyl und Schutzstatus 2022:
plus 180'000 Personen in einem Jahr!**

**Dazu kommen 52'000 illegale Einreisen.
Hauptsächlich aus Afghanistan und Nordafrika.
Niemand weiss, wo sich diese Personen
inzwischen befinden.**

Importierte Gewalt und Kriminalität

In der Kriminalstatistik – auch bei schweren Delikten – und in den Gefängnissen sowie bei häuslicher Gewalt sind Zuwanderer gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung überproportional vertreten.

So zeigt eine im September 2022 publizierte Studie der Universität Zürich, dass die sexuellen Übergriffe auf Mädchen in Sek-B-Klassen massiv angestiegen sind. Studienautor Denis Ribeaud vermutet laut «20 Minuten», dass der Anstieg der Gewalt auch mit dem hohen Migrationsanteil in den Sek-B-Klassen zusammenhänge. «Die fehlende Durchmischung spielt zweifellos eine Rolle», sagte Ribeaud auch in einem Interview mit der Sonntagszeitung. «Wenn an einer Schule die patriarchal geprägten Normen dominieren, wie häufig im migrantischen Milieu, dann gehen damit gewisse Haltungen einher.»

Die Schweiz hatte einst einen legendären Ruf als sicheres und stabiles Land. Heute zeigt sich immer mehr die hässliche Fratze der importierten Gewalt und Kriminalität. Wir haben es mit einem doppelten Problem zu tun: Die linksgrünen Parteien unterstützen die von Schlepperbanden organisierte Asylumigration in die Schweiz. Bundesbern verhindert die vom Volk angenommene Initiative zur konsequenten Ausschaffung krimineller Ausländer. Diese toxische Verbindung führt zu einer «neuen Normalität» in unserem Land:

71 % der Insassen in Schweizer Gefängnissen sind Ausländer. In Europa: 15 %

56 % der Tötungsdelikte begehen Ausländer. Tätersuche, Strafverfahren, Inhaftierung und Opferhilfe kosten Milliarden.

57 % der Vergewaltigungen werden durch Ausländer und Asylanten verübt. Viele Frauen trauen sich nachts nicht mehr auf die Strasse.

Strukturen am Anschlag

Stunden auf den Strassen haben sich innert 20 Jahren verdoppelt. Doch statt endlich die Zuwanderung zu steuern, werden Treiber Autofahrer mit noch mehr Abgaben und höheren Treibstoffen abgezockt. Die Linken und ihre Klima-Kleber sorgen für Auto-Politik für noch mehr Verkehrschaos. Auch beim öffentlichen Verkehr kommen wir wegen der masslosen Zuwanderung an den



Wohlstandsverlust

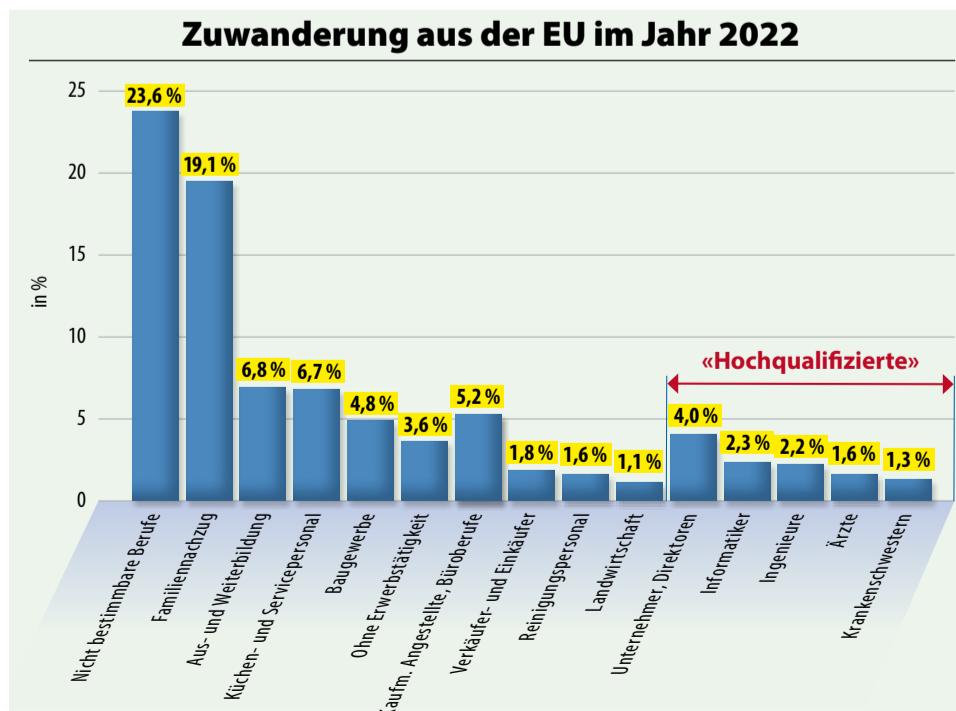
Der Wohlstand der Schweizer Bevölkerung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf – wächst kaum noch seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007.

Oder anders ausgedrückt: Der Kuchen wird zwar leicht grösser, aber er muss für immer mehr Personen reichen.

Die Klage über den «Fachkräftemangel» in der Schweiz ist gross. Dabei wird vergessen, dass ein Grossteil der Zuwanderer gar keine Fachkräfte sind. Es dominieren Familiennachzügler und Unqualifizierte. «Vier von fünf Zuzüglern sind keine Fachkräfte», titelte die «NZZ am Sonntag». Sie beruft sich dabei auf eine Studie der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion. Demnach arbeiten im Schweizer Durchschnitt nur knapp 20 Prozent der seit 2007 (volle Personenfreizügigkeit) eingewanderten Personen in einem Beruf, wo ein Mangel an Fachkräften herrscht. Bei den Grenzgängern ist sogar nur jeder Sechste ein gesuchter Spezialist. Statt dringend be-

nötigte Informatiker, Ärzte oder Informatiker führen Ungelernte ohne genügende Sprachkenntnisse die Berufsliste der Einwanderer an. Zusätzlich kritisch ist die Lage beim Familiennachzug: In den Jahren

2020 und 2021 waren es je über 40'000 Personen. **Eine an den Bedürfnissen der Schweiz und ihrer Wirtschaft ausgerichtete Migrationspolitik sieht definitiv anders aus.**



Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz



Nationalrat
Manuel Strupler,
Gartenbauunternehmer und
Landwirt,
Weinfelden (TG)

Als Gartenbauer, Landwirt und Familienvater mache ich mir Sorgen: Die Schweiz wird zubetoniert. Dieses unkontrollierte Bevölkerungswachstum ist für unser kleines Land nicht mehr verkraftbar.

Allein im letzten Jahr sind netto über 180'000 Personen in die Schweiz zugewandert. Das entspricht der Stadt Basel! Dieses Bevölkerungswachstum ist weder nachhaltig noch sinnvoll. Infrastruktur, Schulen, Wohneigentum, Landwirtschaftsflächen, Natur und Energieversorgung stehen vor dem Kollaps.

Darum haben wir die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» lanciert. Bei dieser wichtigen Initiative bin ich im Co-Präsidium und zähle auf Ihre Unterstützung. Wir wollen eine Zuwanderung, die wir wieder selber steuern können. Aber keine Zuwanderung, die mehr Verlierer als Gewinner produziert. Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz. Für unsere Kinder und Enkelkinder. Deshalb bitte ich Sie: Unterschreiben Sie noch heute den beigelegten Unterschriftenbogen und motivieren Sie auch Ihr Umfeld dazu.

Jetzt! Nachhaltigkeits-Initiative unterschreiben: Stopp der 10-Millionen-Schweiz



Thomas Matter,
Nationalrat,
Mitglied des
Initiativ-Komitees

Infolge der unkontrollierten Zuwanderung in unser Land droht uns demnächst eine 10-Millionen-Schweiz. Die regelrechte Bevölkerungsexplosion überfordert unsere Infrastrukturen zerstört unsere Natur und treibt die Mieten noch mehr in die Höhe. Nach dem Zustrom von über 180'000 Menschen in einem einzigen Jahr muss jetzt endlich gehandelt werden. **Unterschreiben Sie noch heute die dieser Zeitung beigelegte Volksinitiative.**



«Unsere Kinder sind die grössten Verlierer der missratenen links-grünen Asylpolitik»

Die Gemeinden werden von Asylanten überflutet. Nationalrätin und Gemeinderätin Martina Bircher sagt im Interview, was das kostet und welche Probleme so entstehen. Die Situation kann sich nur verbessern, wenn es nicht mehr möglich ist, in der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen.



Nationalrätin **Martina Bircher**, Aarburg (AG)

Sie sind Sozialvorsteherin in der Gemeinde Aarburg (AG). Haben Sie noch freie Plätze für Asylbewerber?

Nein, durch die kantonale Asylunterkunft übertreffen wir unser Soll schon seit Jahren und haben nicht die Absicht, zusätzliche Plätze zu schaffen.

Wie viele Asylanten müssen Sie betreuen und wie viele davon sind echte Flüchtlinge im Sinne des Gesetzes?

Mit dem beschleunigten Asylverfahren werden den Gemeinden vorwiegend vorläufig aufgenommene Ausländer zugeteilt. Wir müssten 60 Personen aufnehmen, zusammen mit den Personen mit Status S sind es insgesamt 130. Dazu kommen noch alle die Personen, welche der Bund als Flüchtlinge anerkennt, insbesondere Eritreer. Diese haben freie Wohnungswahl, davon haben wir nochmals 200 Personen.

Wie viele davon sind Familien, wie viele junge Männer?

Bei den Personen, welche über die Asylschiene in die Schweiz kommen,

sind es vorwiegend Männer. Da der Bund aber an 40% den Flüchtlingsstatus verteilt und weiteren 20% die vorläufige Aufnahme, kommen die Frauen und Kinder zeitverzögert in die Schweiz mittels Familiennachzug.

Wie viele dieser Personen leben von der Sozialhilfe?

80 bis 90% leben von Sozialhilfe, nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig. Unser Sozialsystem garantiert jedem eine Wohnung inkl. Nebenkosten, Krankenversicherung, Franchise, Selbstbehalt, weitere Gesundheitskosten (z.B. Zahnarzt), Geld für den Lebensunterhalt sowie situationsbedingte Leistungen wie Möbel, ÖV etc. Wir haben viele Fälle, welche schon über eine ¼ Million Franken gekostet haben.

Wie viel mussten die Steuerzahler für den teuersten Fall aufwenden?

Wir hatten einmal eine eritreische Frau mit 4 Kindern im Mutter-Kind Heim, das kostete 25'000 Franken pro Monat. Wenn sich die KESB einschaltet, und das ist leider oft der Fall, wird es ganz teuer. Für 130 bis 150 Franken pro Stunde wird den Ausländern beigebracht, wie sie einkaufen oder wie sie ein Znüni für die Schule machen müssen. Wenn es zu einer Fremdplatzierung kommt, sprechen wir von Kosten zwischen

7'000 und 15'000 Franken pro Monat und Kind. All das ordnet die KESB an, die Gemeinde muss es dann einfach zahlen.

Finden die Asylanten eine Arbeit?

Leider ist das schwierig. Diese Personen kommen oft aus fremden Kulturen, haben kaum Schulbildung, die Arbeitgeber warten nicht auf diese «Fachkräfte». Erschwerend kommt hinzu, dass viele sehr viele Kinder haben. Selbst wenn sie einen Job finden, können wir sie nicht von der Sozialhilfe abmelden.

In vielen Schulen gibt es kaum mehr Kinder ohne «Migrationshintergrund». Wie ist die Situation in Ihrer Gemeinde?

Nach den Sommerferien führen wir Deutsch-Frühförderung ein, weil die meisten Kinder beim Kindergarten eintritt kein Wort Deutsch können. Pro Jahrgang haben wir jeweils 100 Kinder, 50 Schweizer und 50 Ausländer. Leider haben über 50% einen Deutsch-Frühförderbedarf. Das bedeutet, dass selbst bei eingebürgerten Eltern mit den Kindern zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird. Es gibt unzählige Studien, die belegen, dass ab einem Anteil von mehr als 30% Nicht-Deutschsprechenden ein qualitativer Schulunterricht nicht möglich ist. Unsere eigenen Kinder sind die grössten Verlierer dieser verfehlten Asyl- und Einwanderungspolitik.

«80 bis 90% aller Asylanten leben von Sozialhilfe. Nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig.»

Sie fordern eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Was meinen Sie damit konkret?

Würde Schengen-Dublin funktionieren, hätte die Schweiz, umgeben von sicheren Staaten, kein einziges Asylgesuch. Heute ist es aber so, dass 60% legal in der Schweiz bleiben dürfen, weil der Bund sie nicht zurückweist. Weitere 20%

bleiben da, obwohl sie gehen müssten, und nur 20% werden effektiv ausgeschafft. Sprich: Wer das Zauberwort «Asyl» sagt, bleibt zu 80% in der Schweiz. Daher müssen wir das System komplett ändern: In der Schweiz darf es gar nicht mehr möglich sein, ein Asylgesuch zu stellen, dies muss in einem Drittstaat geschehen.

Nichtintegration wird belohnt!

Was uns die links-grüne Asyl-Sozial-Industrie kostet:


Direktausgaben der Gemeinden im Aargau am Beispiel einer 4-köpfigen-Familie, die Sozialhilfe bezieht (alle Beträge steuerfrei!).

	Grundbedarf für 4 Personen	26'472.00 CHF
	Wohnung	16'800.00 CHF
	Haftpflichtversicherung	170.00 CHF
	Hausrat	245.00 CHF
	AHV-Beiträge	956.00 CHF
	Zahnarztkosten	3'500.00 CHF
	Selbstbehalt	2'100.00 CHF
	Franchise	600.00 CHF
	Brille	150.00 CHF
	Schullager	150.00 CHF

Weitere Kosten

	Beschäftigungs-/Integrationsprogramm	7'200.00 CHF
	Deutschkurs	3'500.00 CHF
	Krankenkassenprämien	11'920.00 CHF
	Personalaufwand, Administration	2'200.00 CHF

Einnahmen

	Kinderzulagen	4'800.00 CHF
---	---------------	--------------

Total Kosten

		75'963.00 CHF
---	--	----------------------

Asyl-Chaos: teuer, gefährlich, ungerecht

Zehntausende junge Männer kommen aus der ganzen Welt mit kriminellen Schlepperbanden in die Schweiz. Die Kantone müssen für viel Steuergeld Wohnungen mieten und stellen sogar Schweizer Mieter auf die Strasse. Die Kosten explodieren: Allein auf Bundesebene werden über 4 Milliarden Franken – fünf Prozent aller Bundesausgaben – dafür verwendet! Diebstähle, Gewalttaten, Belästigungen, Unsicherheit nehmen massiv zu.



Nationalrat **Thomas Aeschi**, Fraktionspräsident und Nationalrat SVP, Baar (ZG)

Das Chaos in der Asylpolitik belastet die Schweizer Bevölkerung. Jedes Jahr kommen Zehntausende Asyl-Migranten mit Hilfe von kriminellen Schlepperbanden in unser Land. Die Folgen dieser verantwortungslosen Politik sind fatal: Zu viele Asyl-Migranten

kommen aus frauenunterdrückenden Kulturen, sind kriminell und schlecht oder gar nicht ausgebildet – kurz: Sie sind kaum integrierbar.

Jeder dritte Afrikaner bezieht Sozialhilfe

Die Zahl der Sozialhilfebezügler aus Afrika ist in den letzten Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt sagenhafte 34,6 Prozent! Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt also auf Kosten von uns Steuerzahlern.

Junge Männer aus Afrika, Afghanistan, dem Nahen Osten usw.

Aus der ganzen Welt kommen junge Männer mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Sie reisen durch

Eritreer ersticht Mann

«Messerstecherei in Solothurn endet tödlich – beim mutmasslichen Täter handelt es sich um einen Eritreer.»



Quelle: Blick, 02.08.2023/ Symbolbild

sichere Länder und suchen sich das beste Asyl-Land aus: zum Beispiel die Schweiz. Warum? Sie können hier auf Kosten der Allgemeinheit leben und werden kaum in ihr Herkunftsland zurückgeschafft. Das sorgt für enorme Kosten und Probleme bei unseren Sozialwerken, im Gesundheitswesen, in den Schulen sowie bei Polizei und Justiz.

Wer einmal in der Schweiz ist, bleibt hier

Das Asyl-Chaos zeigt sich auch im Vollzug. Das gilt insbesondere für die sogenannten «vorläufig Aufgenommenen». Sie müssten eigentlich die Schweiz verlassen, können aber angeblich nicht ausgeschafft werden. Zwischen 2011 und 2021 erhielten 65'126 Personen eine vorläufige

Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am
22. Oktober



Aufnahme. Nur gerade 112 von ihnen mussten in diesen zehn Jahren tatsächlich die Schweiz verlassen. Der Rest bleibt hier und lebt in der Regel auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung oder taucht unter.

Dieses Asyl-Chaos muss endlich gestoppt werden!

2023: über 4 Milliarden Franken Kosten beim Bund allein! Pro Kopf und Jahr macht dies 450 Steuerfranken bzw. für eine 4-köpfige Familie 1'800 Franken

Asylausgaben Bund 2021:
Asylausgaben Bund 2022:
Asylausgaben Bund 2023 (Budget):

rund 1,5 Milliarden Franken
rund 2,4 Milliarden Franken
über 4 Milliarden Franken

Nein zum Gender-Wahn – Ja zur Freiheit

Ärgern Sie sich auch über all die neuen Schreibarten mit Doppelpunkten, Sternchen und anderen Symbolen? Unter dem Deckmantel der Toleranz will uns links-grün vorschreiben wie wir zu reden, zu denken und zu handeln haben. Die immer extremeren Forderungen greifen unsere freiheitlichen Werte an. Dieser Entwicklung müssen wir entschieden entgegenreten.



Ständerätin **Esther Friedli**, Gastronomin, Ebnat-Kappel (SG)

Seit einiger Zeit hören wir immer wieder Begriffe wie «Gender», «Wokeness» und «Cancel Culture». Unter diesen Begriffen können sich viele von uns nichts vorstellen oder denken sich dabei nichts Böses. Doch was harmlos tönt, ist in höchstem Masse beunruhigend. Entstanden sind diese Begriffe an amerikanischen Universitäten von Menschen, die sich zu den Eliten zählen und sich als tolerant und links bezeichnen.

Die konkreten Auswüchse dieser Ideologie treten auch bei uns immer mehr zum Vorschein: Dass zum Beispiel eine der für mich besten Süssigkeiten – der Mohrenkopf – nicht mehr so benannt

werden darf. Eine kleine Minderheit hat auf einen Grossverteiler so lange Druck ausgeübt, bis er ein Produkt, das der Hersteller immer noch Mohrenkopf nennt, aus den Verkaufsregalen genommen hat.

Oder unter dem Begriff «kulturelle Aneignung» dürfen Rasta-tragende weisse Musiker nicht mehr auftreten oder müssen ihr Konzert abbrechen, weil angeblich nur Schwarze Rasta-Frisuren tragen dürfen. Studenten berichten, dass sie in ihren Arbeiten eine gendergerechte Sprache verwenden müssen, sonst drohten ihnen Notenabzüge.

«Gender-Ideologie» dringt immer mehr in die Politik vor

Ein Auswuchs dieser links-grünen Ideologie aus den Städten ist «Gender». Bei dieser Ideologie wird davon ausgegangen, dass man nicht von Geburt an ein Geschlecht hat, sondern das Geschlecht frei wählen kann. Dabei gibt es nicht nur Frau und Mann, sondern Dutzende verschiedene Geschlechter.

«Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.»

Diesen Gender-Unsinn lesen und hören wir leider in immer mehr Medien. Und um niemanden irgendwie zu diskriminieren oder zu «verletzen», wird auch auf allen möglichen Einladungen «Parlamentarier:innen», «Freund*innen» oder sonst etwas geschrieben. Auch öffentliche Verwaltungen üben sich im «gendern». Ob die deutsche Sprache noch lesbar ist, wird dabei immer unwichtiger. Hauptsache, niemand fühlt irgendetwas Negatives. Und um ganz korrekt zu sein, wird sogar «das Mitglied» in «liebe Mitglieder:innen» umgewandelt. Dabei wird die Sprache mit den vielen Sonderzeichen immer unverständlicher – gerade auch für Menschen mit einer Sprachschwäche oder für fremdsprachige Personen.

«Geschlechtsneutrale» Toiletten an Schulen?

Wir erleben den Genderwahn aber nicht nur in der Sprache, auch in der Politik greift dieser wild um sich: In den Städten Zürich und Luzern sollen neu ein Drittel der Toiletten an den Schulen «geschlechtsneutral» sein. Pissoirs werden abgeschafft. An



Völlig überflüssig: Links-Grüne Gender-Ideologen wollen flächendeckend für viel Geld die Strassenschilder mit sog. gendergerechten Schildern ersetzen.

gewissen Schulen wird gar propagiert, ein anderes Geschlecht auszuprobieren bzw. dem Kind noch keinen Namen zu geben. Ohne Einwilligung der Eltern werden minderjährige Kinder diesem Gender-Irrsinn ausgesetzt.

Es gibt eine kleine Minderheit, die im falschen Körper geboren wurde und deren Probleme man ernst nehmen muss. Aber muss das jetzt die ganze

Gesellschaft betreffen? Muss sich nun jede und jeder fragen, ob er im richtigen Körper geboren wurde? Ich meine nein.

Und man fragt sich: Was kommt als Nächstes? Wo ist eigentlich der gesunde Menschenverstand geblieben? Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.

Versorgung mit einheimischen Nahrungsmitteln in Gefahr

Der Hauptauftrag der schweizerischen Landwirtschaft ist in der Bundesverfassung festgeschrieben: die Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit einheimischen Nahrungsmitteln. Die Versorgung ist jedoch massiv gefährdet.



Nationalrat **Alois Huber**, Meisterlandwirt und Vizepräsident Schweizerischer Bauernverband, Wildeggen (AG)

Die Bauerfamilien leisten einen wichtigen Beitrag an unsere Ernährungssicherheit. Doch wir könnten heute im Krisenfall nur noch jede zweite Person in der Schweiz ernähren. Das zeigt der sogenannte «Selbstversorgungsgrad»: Er misst in Prozenten, wie viel unseres Lebensmittelbedarfs noch in der Schweiz produziert wird. Der Selbstversorgungsgrad lag 2020 noch bei netto 49 Prozent.

Der Selbstversorgungsgrad ist den letzten zwanzig Jahren um über 10 Prozent gesunken. Der wichtigste Grund ist das starke Bevölkerungswachstum: plus 1,5 Millionen seit 2002. Die Schweiz wird zubetoniert. Die Siedlungsfläche hat seit 1980 um 31 Prozent zugenommen – auf Kosten der Land-

wirtschaftsfläche. Die Ackerfläche pro Kopf liegt in der Schweiz noch bei 470 m². Zum Vergleich: In Österreich sind es 1500 m², in Deutschland 1410 m² pro Kopf.

Der zweite Grund, warum wir in der Schweiz immer weniger Lebensmittel produzieren, sind die ökologischen Vorschriften. Durch die aktuelle Agrarpolitik werden heute in der Schweiz circa 20 Prozent des Kulturlandes extensiv bewirtschaftet: also viel Ökologie, aber wenig Produktion.

Wollen wir in Zukunft eine totale Abhängigkeit in der Lebensmittelversorgung vom Ausland verhindern, darf der Selbstversorgungsgrad nicht weiter sinken, sondern muss wieder erhöht werden.

Dies gelingt aber nur, wenn wir das Bevölkerungswachstum stoppen und die Agrarpolitik für eine produzierende Landwirtschaft anpassen.



Die Krisen der letzten Jahre und Monate haben gezeigt, wie wichtig eine starke einheimische produzierende Landwirtschaft ist.

Stau auf den Strassen, Klima-Kleber, Feindbild Autofahrer

Jeden Tag stehen wir im Stau – wichtigste Ursache dafür ist die masslose Zuwanderung. Der volkswirtschaftliche Schaden geht in die Milliarden. Doch auch die schikanöse links-grüne Verkehrspolitik und ihre Klima-Kleber richten massiven Schaden an.



Nationalrat und Ständeratskandidat **Benjamin Giezendanner**, Transport-Unternehmer, Rothrist (AG)

Die masslose Zuwanderung bringt unsere Infrastruktur an den Rand des Kollapses. Das erleben wir täglich mit den Staus auf unseren Strassen. Seit 1995 sind über 1,5 Millionen Personen zugewandert. Die jährlichen Stautunden auf den Nationalstrassen haben sich seit 2000 vervierfacht!

Zum persönlichen Ärger kommen die massiven Kosten. Als kantonaler Gewerbeverbandspräsident und Transportunternehmer sind mir die Horror-Zahlen bekannt: Jeden Tag häufen sich auf den Schweizer Strassen 200'000 Stunden Verspätung an. Die verlorene Zeit kostet rund 3 Milliarden Franken pro Jahr. Das sind übrigens die aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Raumentwicklung ARE.

Die Mobilität ist der Motor unserer Volkswirtschaft. Wir zerstören unseren Wohlstand, wenn wir nicht zu einer vernünftigen und massvollen Zuwanderung zurückkehren.

Abzockerei der Autofahrer

Viele Schweizerinnen und Schweizer sind auf ein Auto angewiesen: Familien, Pendler, Handwerker, Menschen in ländlichen Gebieten. Die SVP wehrt sich gegen die Abzockerei der Autofahrer: Nur schon die Mineralölsteuer (inkl. Zuschläge) machen 1570 Franken im Jahr aus¹. Dazu kommen: Motorfahrzeugsteuer (im Schnitt 360 Franken), Autobahn-Vignette (40 Franken), Automobilsteuer, öffentliche Parkgebühren usw. Jeder Haushalt mit Auto zahlt mehr als 2000 Franken im Jahr an Abgaben.

Offenbar nicht genug für die links-grünen Parteien. Die grüne Fraktionschefin forderte einen Benzinpreis von 5 Franken pro Liter. Das wären rund 250 Franken pro Tankfüllung! Unbezahlbar für die meisten Schweizerinnen und Schweizer.

Klimakleber schikanieren Autofahrer

Klima-Kleber blockieren Strassen. Sie schikanieren die arbeitende Bevölkerung. Vor allem in den links-grün regierten Städten wird eine autofeindliche Politik betrieben: Aufhebung von Zufahrtsstrassen, Abbau von Parkplätzen, 30er-Zonen auf Durchgangsstrassen, Bussen-Terror, horrenden Parkgebühren. Manchmal möchte man ein Experiment machen: Was würde wohl passieren, wenn die Handwerker und Lieferanten von Gütern und Lebensmitteln die links-grünen Städte eine Woche bestreiken würden ...

Wer diese autofeindliche Politik korrigieren will, wählt im Oktober die SVP.

¹ Wohin fließen die Milliarden? - AUTOMOBIL REVUE

Stautunden 2008 – 2022



Quelle: ASTRA – Verkehrsentwicklung und Verfügbarkeit der Nationalstrassen, BFS 2022

Wollen Sie eine 10-Millionen-Schweiz?

Immer mehr Einwanderung bedeutet höhere Mieten, mehr Ausländerkriminalität, verstopfte Strassen, sinkendes Bildungsniveau.

Mit einer kontrollierten Einwanderung schützen wir uns, unsere Kinder, unsere Natur und erhalten unsere lebenswerte Heimat.



Sie haben die Wahl!

**Am 22. Oktober SVP wählen.
Danke.**

Grosses Wahl-Quiz Mitmachen und gewinnen!

www.svp.ch/wettbewerb

01. Wie viele Menschen sind 2022 netto in die Schweiz eingewandert?

180'000 = S
 90'000 = X
 150'000 = Y

02. Wie hoch belaufen sich die Kosten für das Asylwesen beim Bund im 2023?

1 Mrd = OR 2,5 Mrd = LZ
 4 Mrd = VP

03. Was ist das Ziel der neuen SVP Volksinitiative?

Kriminelle Ausländer ausschaffen = P
 Keine 10-Millionen-Schweiz = W

04. Was ist das Ziel des Gendersterns?

Politische Bevormundung = ÄH
 Bessere Orientierung am Sternenhimmel = ÖR

05. Was ist das Wahlkampf-Motto der SVP?

Für eine sichere Zukunft in Freiheit = L
 Für eine sichere Freiheit in Zukunft = R

06. Wie viele Bundesräte hat die SVP?

Leider noch keine = BN
 Bereits zwei = EN

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:
www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

01. 02. 03. 04. 05. 06.

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 22. Oktober 2023

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2023 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Für eine sichere Zukunft in Freiheit – Ich helfe mit!

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- Ich wäre gerne per WhatsApp über die wichtigsten Aktivitäten der SVP Schweiz informiert.
Natel Nummer: _____
- Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Wahlkampagne** zur Verfügung zu stellen.
- Ich unterstütze die **SVP-Wahlkampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
- Ich spende _____ Franken auf **IBAN CH83 0023 5235 8557 0001Y** der SVP Schweiz.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.

Name / Vorname

Strasse

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58

www.svp.ch

SVP
SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes



Jetzt zählt jede Stimme!

Wir stehen am 22. Oktober vor richtungsweisenden Wahlen. Wichtige Themen wie die explodierenden Zuwanderungszahlen, das Asyl-Chaos und das daraus resultierende Bevölkerungswachstum, die Energiesicherheit oder die Neutralität werden uns und unser Land in Zukunft beschäftigen. Die SVP setzt sich seit Jahren tagtäglich für die Lösung genau dieser Probleme ein. Nun liegt es an uns, dafür zu sorgen, dass die bürgerliche Mehrheit in Bundesbern zurückerobert werden kann und sich die Mehrheit des Parlaments wieder für die Schweiz und unsere Bevölkerung einsetzt.

Gehen Sie an die Urne und motivieren Sie Ihr Umfeld, die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP zu unterstützen. Für unsere Schweiz eine sichere Zukunft in Freiheit und Unabhängigkeit!

Ihr Präsident
Roman Bürgi



Wahlen bedeutet auswählen

Diesen Herbst stehen bekanntlich eidgenössische Wahlen an, im Kanton Schwyz folgen einige Monate später dann auch noch die Kantons- und Regierungs- sowie die Gemeinde- und Bezirksratswahlen. Dass wir, das Volk, wiederkehrend wählen dürfen, ist für uns so normal wie die Tatsache, dass jede einzelne Stimme auch wirklich zählt. Im Rest der Welt ist das jedoch keine Selbstverständlichkeit. Umso mehr sind wir alle aufgerufen, von unseren demokratischen Mitwirkungsrechten auch tatsächlich Gebrauch zu machen und mit unseren Stimmen auf die Ausrichtung der künftigen Politik Einfluss zu nehmen. Anders als in den meisten Ländern, amten in der Schweiz keine Koalitionsregierungen mit wechselnden Mehrheiten. Deshalb ist bei uns die Stärke der einzelnen Parteien in den Parlamenten und Regierungen von höherer Bedeutung. Auch das inhaltliche Spektrum unserer Parteienlandschaft ist bei uns breiter als anderswo, was als freiheitliche Errungenschaft positiv zu werten ist. Der Wettbewerb der Ideen bringt in aller Regel auch die

besten Früchte. In unserem Schweizer System soll man sich hüten, die einzige Wahrheit für sich in Anspruch zu nehmen. Noch bemühter wirken das zunehmende, scheinheilige Moralisieren und das zur Schau gestellte Gutmenschentum. Respektieren wir bei einer und einem jeden die eigene, aus Überzeugung gebildete und vertretene Meinung, lassen wir den gesellschaftlichen und politischen Diskurs wertneutral und unaufgeregt zu und kämpfen wir mit unseren jeweils besten Argumenten um Überzeugung, Stimmen und Mehrheiten. Gerade hier ist die SVP bestens gerüstet. Mögen wir damit bei den bevorstehenden Wahlen möglichst viele Wählerinnen und Wähler für uns gewinnen!

André Rüeegsegger,
Landammann,
Brunnen



Mit Mut in die Zukunft

In der Schweiz müssen wir unsere Errungenschaften bewahren und auf die Stärken unserer direkten Demokratie setzen. Nur so können wir eine florierende Zukunft für kommende Generationen schaffen.

Wir leben heute in einer Zeit, wo der technologische Fortschritt, die Möglichkeiten eines jeden Einzelnen sowie der Wohlstand eine Höhe erreicht haben, wie es sie in der Schweizer Geschichte noch nie gegeben hat. In anderen Teilen dieser Welt aber sind die Geisseln des Krieges, des Terrors, des Hungers sowie religiöser Fanatismus und Naturkatastrophen immer noch präsent und fordern gnadenlos ihre Opfer. Die Schweiz hat also sehr viel in der Vergangenheit richtig gemacht und davon profitieren wir heute mehr als jemals zuvor. Diese Errungenschaften gilt es zu bewahren, denn Neutralität, Unabhängigkeit, Verteidigungsbereitschaft, freie Marktwirtschaft, Eigenverantwortung und wahre Solidarität waren, sind und werden die entscheidenden Erfolgsfaktoren unseres Landes bleiben. Wenn also Klimakleber und andere Weltuntergangsapologeten das Erreichte in Frage stellen und

sogar verurteilen, so ist es an der SVP und allen anderen Menschen, die mit Mut in die Zukunft gehen zu sagen, es reicht. Wir lassen uns von fanatischen Minderheiten nicht sagen, wie wir zu leben, zu sprechen, zu politisieren und unser Geld zu verdienen haben. Ich glaube ganz fest an unsere historisch gewachsenen Institutionen, auch wenn sie nicht perfekt sind. Gerade in der direkten Demokratie liegt das Potenzial, die Schaffenskraft und die Vernunft eines ganzen Volkes in die politische Entscheidungs- und Lösungsfindung miteinzubeziehen. Bleiben wir auf Kurs, denn unsere Kinder und Kindeskiner werden es uns danken.

Xaver Schuler-Steiner,
Regierungsrat,
Seewen



Übersicht



Die Nachhaltigkeits-Initiative

Es braucht zwingend einen Lösungsansatz um eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung sicherzustellen.

Seite 10



Pirmin Schwander

Verlässlich und erfahren, der richtige Kandidat für den Ständerat

Seite 11



Unsere Nationalratskandidaten

Die Kandidaten der SVP für den Nationalrat im Portrait

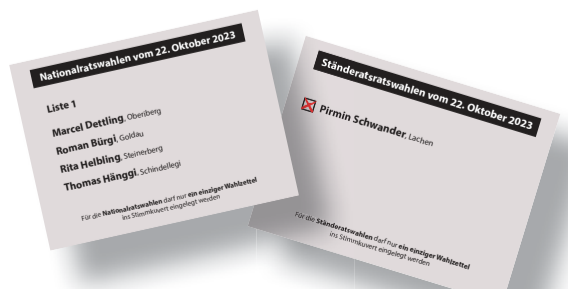
Seite 12 & 13



Unsere Kandidaten der JSVP

Portrait der JSVP-Kandidaten

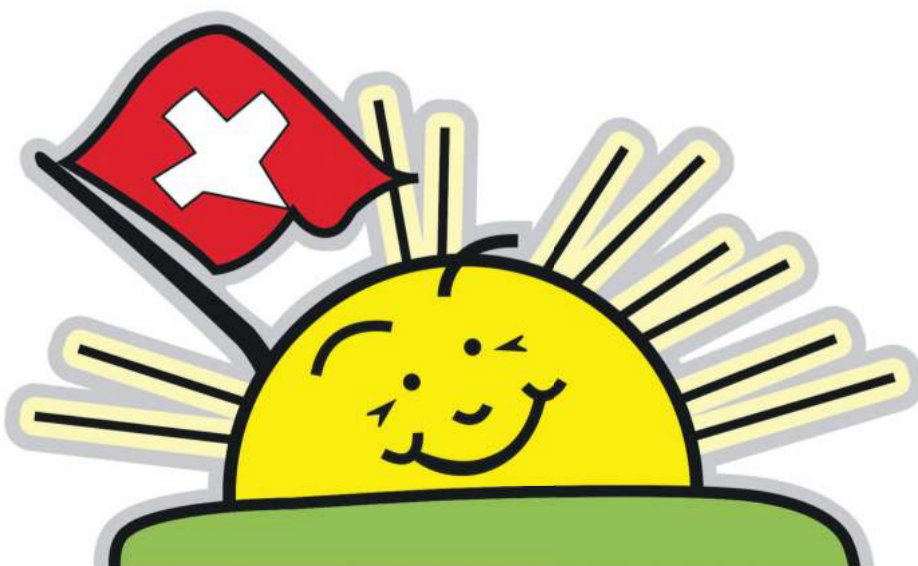
Seite 14 & 15



So wählen Sie richtig

Lesen Sie hier, wie Sie richtig wählen.

Seite 16





Die Nachhaltigkeits-Initiative: Lösung für eine gute Bevölkerungsentwicklung

Die unkontrollierte Einwanderung und das damit einhergehende Bevölkerungswachstum stellen die Schweiz vor bedeutende Herausforderungen. Eine 10-Millionen-Schweiz hätte enorme negative Auswirkungen auf die Infrastrukturen, die Umwelt und die Lebensqualität in unserem Land. Es braucht zwingend eine Lösung, um eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung sicherzustellen.

Die Nachhaltigkeits-Initiative zielt darauf ab, eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung sicherzustellen und die unkontrollierte Zuwanderung endlich zu stoppen. Die massive Zuwanderung der letzten Jahre hat zu einem dramatischen Bevölkerungswachstum geführt, welches die Infrastrukturen belastet und die Umwelt bedroht. Mit der Initiative fordert die SVP eine Obergrenze von 10 Millionen Menschen für die ständige Wohnbevölkerung vor dem Jahr 2050. Das rasante Bevölkerungswachstum in der Schweiz hat zu vielfältigen Herausforderungen geführt. Die Infrastrukturen sind überlastet, der Verkehr steht immer mehr still, und

die schützenswerte Natur wird zunehmend zubetoniert. Die steigende Nachfrage nach Wohnraum und Energie führt zu höheren Mieten und einem erhöhten Ressourcenverbrauch. Zudem wird die einheimische Bevölkerung durch die Zuwanderung verdrängt, was zu enormen sozialen Spannungen führt.

Die Zuwanderung ist der Haupttreiber des Bevölkerungswachstums in der Schweiz. Hätte es keine Zuwanderung gegeben, wäre die Bevölkerung in absoluten Zahlen geschrumpft. Die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union führt nach wie vor zu einem

starken Zuzug von Immigranten, und die Einbürgerungen von Ausländern haben in den letzten Jahrzehnten ebenfalls zugenommen. Da die Politiker in Bern nichts unternehmen und auch die Kantone keinen Druck auf den Bund machen, muss jetzt die Bevölkerung handeln.

« Die Nachhaltigkeits-Initiative will eine Begrenzung der Zuwanderung und eine massvolle Bevölkerungsentwicklung. »

Seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 zeigt sich

ein auffälliges Muster: Unser Wohlstand, gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, stagniert. Vor der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2001 lag das jährliche Wirtschaftswachstum pro Kopf in der Schweiz im Durchschnitt bei 2 Prozent. Doch seitdem ist das pro Kopf gerechnete Wirtschaftswachstum zum Stillstand gekommen. Eine nachhaltige Entwicklung ist nur möglich, wenn die Bevölkerungszahl in der Schweiz begrenzt wird.

Die Nachhaltigkeits-Initiative will eine Begrenzung der Zuwanderung und eine massvolle Bevölkerungsentwicklung. Eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung ist von entscheidender Bedeutung, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Die Schweiz muss ihre begrenzten Ressourcen effizient nutzen und gleichzeitig

die Umwelt schützen. Eine ausgewogene Bevölkerungsentwicklung kann dazu beitragen, die Lebensqualität für alle Einwohner zu verbessern und soziale Spannungen zu reduzieren.

Die Nachhaltigkeits-Initiative setzt sich für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz ein. Wir wollen den negativen Auswirkungen der unkontrollierten Zuwanderung endlich wirkungsvoll zu begegnen. Die Schweiz braucht eine ausgewogene Zuwanderung. Wir wollen eine lebenswerte Schweiz für zukünftige Generationen erhalten. Unterschreiben Sie heute noch die Nachhaltigkeits-Initiative, nur so lässt sich die Zuwanderung wirkungsvoll steuern.

Samuel Lütolf,
Kantonsrat SVP,
Küssnacht am Rigi



Bedrohung durch den Wolf

Die Lage ist äusserst besorgniserregend: Einzelne Wölfe nähern sich immer mehr besiedelten Gebieten und verlieren ihre natürliche Furcht vor dem Menschen. Dies ist auch durch die zunehmenden Vorfälle und Sichtungen im ganzen Kanton Schwyz in den letzten Monaten belegt. Die Politik ist nach wie vor nicht bereit, geeignete Massnahmen zu ergreifen. Deshalb braucht es einmal mehr die SVP!

Seit 1990 verzeichnet der Wolfsbestand in der Schweiz eine stetige Zunahme. Allein in den letzten fünf Jahren hat sich die Population vervielfacht, von 4 Rudeln im Jahr 2018 auf beeindruckende 23 Rudel aktuell. Es zeichnet sich bereits ab, dass sich Wolfsrudel auch im Kanton Schwyz bilden. Die Landwirte stehen vor der ernsthaften Überlegung, ob sie ihre Tiere überhaupt noch auf die Alpen lassen können.

Der Wolf greift mittlerweile auch nicht mehr nur Schafe und Ziegen an, sondern auch Esel, Ponys, Rinder und sogar Mutterkühe. Als Fleischfresser zeigt der Wolf immer weniger Scheu und hat keine natürlichen Feinde, was zu einem Ungleichgewicht in den Ökosystemen führen kann. Lebens- und Existenzgrundlagen stehen auf dem Spiel, und die psychische Belastung für Tierhalter und ihre Familien ist enorm. Der Schwyzer Kantonsrat hat bereits

im letzten Jahr erfolgreich eine Standesinitiative der Schwyzer SVP angenommen, welche die Regulierung des Grossraubtier-Bestandes fordert. Der Druck auf den Bundesrat und die Parlamentarier in Bern muss aber noch weiter verstärkt werden. Es braucht endlich eine Lösung für die Regulierung der Wolfspopulation. Die unkontrollierte Ausbreitung in besiedelte Gebiete muss gestoppt werden, da es sonst nur eine Frage der Zeit ist, bis Menschen, möglicherweise sogar Kinder, zu Schaden kommen. Die Gefährdung der Herdentiere ist ebenfalls äusserst bedenklich, solange der Bestand an Grossraubtieren nicht angemessen reguliert werden kann.

Es besteht dringender Handlungsbedarf zum Schutz von Mensch und Tier. Die SVP Kanton Schwyz hat daher eine Volksinitiative zum Schutz vor Grossraubtieren lanciert. Dies soll helfen, ge-

genüber den Bundesbehörden Druck zu machen, damit endlich angemessene Massnahmen ergriffen werden. Wir sind davon überzeugt, dass eine ausgewogene und verantwortungsbewusste Lösung gefunden werden muss.

Ohne griffige Massnahmen stellen sich existenzielle Fragen für die Gesellschaft: Wird es noch Freizeit im Wald geben, wenn die Wölfe die ganze Schweiz besiedeln? Lassen wir unsere Alpen vergangen, zu Gunsten des Wolfes? Auch die Interessen der Bevölkerung und der Landwirtschaft müssen entsprechend geschützt werden.

Wendelin Schelbert,
Kantonsrat, Wahlkämpfleiter SVP SZ,
Muotathal



Die Schweiz im Spannungsfeld von Migration und Weltkonflikten

Der anhaltende Krieg in Osteuropa und die steigenden globalen Spannungen haben unmittelbare negative Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft. Zusätzlich nehmen Migrationsbewegungen zu. Die Schweiz selber sollte unbedingt wieder mehr ihre bewährten «Guten Dienste» auf neutralem Boden nutzen, um Friedensverhandlungen zu unterstützen.

Seit rund 18 Monaten herrscht im Osten von Europa Krieg und die weltweiten Spannungen nehmen stetig zu. Unsicherheiten im Nahen und Fernen Osten haben direkte negative Einflüsse auf unsere Wirtschaft. Auf Grund der Konflikte im zentralafrikanischen Gebiet sind aus dieser Zone über 20 Millionen Menschen auf der Flucht und laut UNHCR waren Ende 2022 weltweit über 108 Millionen Menschen auf der Flucht, eine regelrechte Völkerwanderung.

Um Eskalationen mit Personengruppen wie in unseren Nachbarländern zu vermeiden, gilt es nun dringend, die Zuwanderung in die Schweiz restriktiver zu regeln, zumal auch die einzelnen EU-Mitgliedstaaten, unabhängig vom Schengenabkommen, individuell die Zuwanderung auf Grund der unhaltbaren Situation in ihren Ländern an ihren Grenzen stoppen.

Viele Gemeinden können die Folgekosten der Migration nicht mehr tragen und sind bereits heute mit der Zurverfügungstellung von Unterkünften überfordert. Gleichzeitig leiden grosse Teile unserer Bevölkerung an der schwächelnden Wirtschaft und haben Mühe, ihre Lebenshaltungskosten zu begleichen. Die Schweiz kann im Migrationsbereich unmöglich die Welt retten, sie könnte aber, wie erfolgreich zu früheren Zeiten, mittels ihrer Guten Dienste auf neutralem Grund Friedensverhandlungen unterstützen, was wiederum die Migrationsströme reduzieren würde.

Thomas Hänggi,
Nationalratskandidat,
Schindellegi



Pirmin Schwander – Einsatz für den Willenskanton Schwyz



Als Unternehmer kennt Pirmin Schwander die Anliegen der Wirtschaft aus eigener Erfahrung. Deshalb setzt er sich für eine weltoffene Wirtschaftspolitik ein und widersetzt sich der blauäugigen und ideologisch verbohrt EU-Sackgassen-Politik des Bundesrates und der Mehrheit des Parlamentes. Seine Politik widerspiegelt die Mehrheiten im Kanton Schwyz. Er muss sich dabei nicht einmal verbiegen. Schweizweit ist Pirmin Schwander nach wie vor bekannt, durch seinen Einsatz für Benachteiligte (KESB-Opfer, Behinderte, ältere Generation).

Zudem ist er als Mitglied der Finanzdelegation (3 Ständeräte und 3 Nationalräte) seit zwölf Jahren im Ständerat gut vernetzt und hat so Einfluss auf alle Departemente nehmen können. Seine breiten Dossierkenntnisse sind bekannt.

Willenskanton Schwyz

Freiheit und Verantwortung nehmen in der Präambel unserer Bundesverfassung eine zentrale Rolle ein. Der Bund soll erneuert werden, um Freiheit und Demokratie gegenüber der Welt zu stärken. Deshalb hat sich in der Schweiz ein freiheitliches Staats- und Gesellschaftsverständnis entwickelt. Und die persönliche Freiheit ist sogar ein unantastbares Grundrecht.

Freiheit setzt aber kritisches und selbstständiges Denken voraus. Dieses Denken ist in den letzten Jahren vielen Menschen abhandengekommen oder wie es so schön heisst: Die Bevölkerung schweigt und macht einfach die Faust im Sack. Nicht so im Kanton Schwyz. Die Schweiz ist eine freiheitlich denkende Willensnation. Und der Kanton Schwyz ist dies noch im Besonderen.

Die Bevölkerung im Kanton Schwyz denkt nach wie vor kritisch und hinterfragt die Bevormundungen und vermeintlichen Verlockungen aus Bern sehr differenziert. In diesem Zusammenhang zeigt die Zusammenstellung von wichtigen Abstimmungen im Kanton Schwyz, dass die Schwyzer Bevölkerung eine weltoffene Wirtschaftspolitik will und nicht einfach einen ideologisch verbohrt Rahmenvertrag mit der EU. Ebenso ist und bleibt für eine Mehrheit der Bevölkerung die geistige und körperliche Unversehrtheit unantastbar (vgl. Abstimmungsergebnisse über die Covid-19-Gesetzgebung). Dieser Wille der Schwyzer Bevölkerung ist von den Ständeräten des Kantons Schwyz endlich zu respektieren. Für Pirmin Schwander eine Selbstverständlichkeit. Sein Credo lautet: Freiheit statt Bevormundung

Eigenständigkeit statt EU-Unterwerfung

Bereits im Vorfeld zur Abstimmung über die Bilateralen Abkommen im Jahr 2000 betrieben Bundesrat und Parlament Augenwischerei und logen die Bevölkerung nach Strich und Faden an. Denn die bilateralen Abkommen mit der Personenfreizügigkeit waren und sind die Brandbeschleuniger für einen EU-Beitritt. und kein wirtschaftliches Erfolgsmodell. Auch wenn Wirtschaftsvertreter und Politiker entgegen den Fakten und wider besseren Wissens etwas anderes behaupten.

Zu den Fakten: Der Schweizer Exportanteil in die EU sank in den letzten zwanzig Jahren von 57.4 auf 41 Prozent, obwohl in dieser Zeit die Anzahl EU-Länder von 15 auf 27 stieg. Mit dem Rückgang des Exportanteils der EU um 28.8 Prozent (57.4 Prozent auf 41 Prozent) sank auch der Beitrag der EU-Länder am Schweizer Bruttoinlandsprodukt. Also kein Erfolgsmodell. Im Gegenteil. Die Bilateralen sind zum Brandbeschleuniger für einen EU-Beitritt verkommen. Dank Exportwachstum nach Asien und Nordamerika konnte die Exportlücke gefüllt werden. Die Schweiz ist weltoffener geworden und muss alles daran setzen, dass sie es bleibt.

Und nun setzt der Bundesrat noch einen drauf und will beim neuen EU-Verhandlungsmandat die automatische Übernahme von EU-Recht und die Streitbeilegung durch den europäischen Gerichtshof (EuGH) verheimlichen. Das Vorgehen ist beschämend, inakzeptabel und kaltblütig durchdacht. Pirmin Schwander wird weder das Vorgehen noch den Inhalt tolerieren. Die Schweiz braucht keine automatische Übernahme von EU-Recht, keinen europäischen Gerichtshof und keine Brandbeschleuniger für einen EU-Beitritt.

Die Exportanteile nach Asien sind in den letzten 20 Jahren von knapp 20 Prozent auf über 30 Prozent gewachsen. Dies ist aber noch nicht gesichert und unterliegt vielen Ungewissheiten und teilweise grossen Schwankungen. Damit der Exportanteil nach Asien auf über 30 Prozent gehalten werden kann, braucht es Vertreter im Ständerat, welche die Wirtschaft aus der Praxis kennen und verstehen. Die Antwort von Pirmin Schwander lautet: «Eine weltoffene Aussen- und Wirtschaftspolitik statt EU-Unterwerfung.»

Kontrolliertes Wachstum statt Masslosigkeit

Wir werden in der nächsten Legislatur nicht darum herum kommen, die Bilateralen und die EU-Forderungen nach einem institutionellen Rahmenvertrag sorgfältig zu analysieren. Zu dieser Analyse gehört auch die Variante Kündigung der Personenfreizügigkeit, um nicht durch die Hintertür zu einer faktischen EU-Mitgliedschaft ohne Mitsprache und unter der Fuchtel der EU-Rechtsprechung gezwungen zu werden.

Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 ist die Schweizer Bevölkerung um rund 1.5 Millionen Menschen gewachsen. Im gleichen Zeitraum wurden rund 862 000 neue Vollzeitstellen geschaffen. Wirtschaftspolitisch heisst das, dass über



40 Prozent der zusätzlichen Bevölkerung der letzten 20 Jahre nicht erwerbstätig sind. Zudem musste rund ein Drittel dieser Stellen im Bereich der öffentlichen Verwaltung, in der Erziehung und Bildung sowie im Gesundheits- und im Sozialwesen geschaffen werden, um das Wachstum

von 1.5 Millionen Menschen aufzufangen. Dass ein solches Wirtschaftsmodell einmal zusammenbricht, ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Um dies zu bestätigen, braucht es keine Experten.

Die Personenfreizügigkeit ist der Brandbeschleuniger für einen EU-Beitritt. Die Personenfreizügigkeit ist der Brandbeschleuniger für einen EU-Beitritt. Weder der Fachkräftemangel noch das Problem mit der AHV konnte mit der Personenfreizügigkeit gelöst werden. Im Gegenteil: Die ganze Volkswirtschaft, die Sozialversicherungen, der Arbeits- und Wohnungsmarkt, die öffentlichen Infrastrukturen und die öffentliche Sicherheit leiden unter den Nebenwirkungen des unkontrollierten und masslosen Wachstums. Das Nachsehen haben die Bürgerinnen und Bürger.

Das Credo von Pirmin Schwander lautet: Die Schweiz braucht eine eigenständig gesteuerte Zuwanderung, im Interesse unseres Landes und der Bevölkerung.



Pirmin Schwander

- ▶ 1961
- ▶ 8853 Lachen
- ▶ **Erlenter Beruf**
Ökonom, Dr. oec. publ.
- ▶ **Aktueller Beruf**
Unternehmer, Mitinhaber verschiedener Firmen
- ▶ **Politische Funktionen:**
Nationalrat seit 2003
2012 – 2013 Präsident Finanzkommission Nationalrat
Mitglied Gerichtskommission
Mitglied Kommission für Rechtsfragen 2015, 2017 und 2021 Präsident der Finanzdelegation
2018 – 2019 Präsident Kommission für Rechtsfragen Nationalrat
Mitglied Parteivorstand SVP Schweiz
Mitglied Fraktionsvorstand SVP Schweiz
- ▶ **Sport**
aktiver Kampfrichter Leichtathletik
Präsident Sportverband Kanton Schwyz
- ▶ **Hobbys**
Joggen, Lesen, Philosophie
- ▶ **Militär**
Oberst im Generalstab aD



Für den Kanton Schwyz in den Nationalrat



Marcel Dettling Bisher

- + Beruf:** Landwirt und Nationalrat
- + Funktion:** Vorstand Bauernvereinigung Kanton SZ, Vorstand Zentralschweizer Bauernbund, Vizepräsident der SVP Schweiz
- + Wohnort:** Oberiberg
- + Jahrgang:** 1981
- + Zivilstand:** verheiratet, drei Kinder
- + Hobbys:** Skifahren und Jassen



Versorgungssicherheit wichtiger denn je

Die Welt spielt verrückt. Bereits in der Corona-Krise hat sich gezeigt, wie anfällig das globalisierte System ist. Zuvor hat man jahrelang ganze Wirtschaftszweige aus der Schweiz verbannt. Vielfach nach China. Denn preislich konnten Schweizer Unternehmer mit Fernost nicht mithalten. So haben sich reihenweise Produktionen ins Ausland verlagert. Die Verfügbarkeit war selten ein Problem. Bis Corona kam. Plötzlich waren Produkte nicht mehr lieferbar, ja sogar ganze Lastwagen, die für die Schweiz bestimmt waren, wurden jenseits der Schweizer Grenze angehalten und durften nicht mehr weiterfahren. Die negative Seite der Globalisierung wurde klar aufgezeigt. Dann kam der schreckliche Krieg in der Ukraine. Weil die Ukraine als Kornkammer Europas gilt und Russland der weltweit grösste Hersteller von Dünger ist, sind die Preise für Dünger und Getreide explodiert. Die Folgen für die weltweite Versorgung mit Nahrungsmitteln sind drastisch.

Lebensmittel sind seit Kriegsbeginn massiv teurer geworden. Und wegen der gescheiterten Energiestrategie 2050 der Mitte-Links-Mehrheit im Bundeshaus kostet uns der Strom ein



Vermögen. Denn das Abschalten des Kernkraftwerks Mühleberg einerseits und die masslose Zuwanderung andererseits - allein im Jahr 2022 kamen über 200 000 Personen -, führen zu einer massiven Verknappung von Strom. Die Rechnung darf das Schweizer Volk bezahlen. Die Beispiele zeigen klar: Die Politik der letzten Jahrzehnte hat uns in eine extreme Abhängigkeit geführt. Diese Abhängigkeit kostet. Derzeit wird uns die Rechnung serviert. Wir sind gut beraten, wenn wir in Zukunft auf mehr Eigenversorgung setzen. Und zwar in der Nahrungsmittelproduktion, in der Stromproduktion aber auch in weiteren Wirtschaftszweigen. Wer abhängig ist, wird erpressbar. Ich will, dass wir frei bleiben und zwar als Land und als Bürger. Tragen wir Sorge zu unserem wunderbaren Land.



Roman Bürgi

- + Beruf:** Unternehmer, Bürgi-Infra-Grill in Goldau
- + Funktion:** Kantonsrat, Präsident SVP des Kantons Schwyz, Vizepräsident Gewerbeverein Arth / Oberarth / Goldau
- + Wohnort:** Goldau
- + Jahrgang:** 1969
- + Zivilstand:** verheiratet, eine Tochter
- + Hobbys:** Biken, Skifahren, Geselligkeit



Sicherheit in Freiheit - Demokratie in Unabhängigkeit - Wohlstand in Selbstverantwortung

Im Zentrum meiner Politik stehen die Schweizer Bürgerinnen und Bürger, also auch Sie. Denn wir brauchen endlich wieder Volksvertreter in Bern, die die Anliegen und Sorgen der Bevölkerung kennen, ernst nehmen und die der Bevölkerung eine Stimme geben. In der direkten Demokratie ist das Volk der Souverän. Dieses oberste Gebot der Schweizer Politik vergessen leider immer wieder viele Politiker, sobald sie gewählt sind.

Es stehen in Zukunft grosse Herausforderungen für unser Land an.

Ich setze mich für mehr unternehmerischen Freiraum und gegen immer neue Gesetze und Verbote ein, die unsere Unternehmen und die Gesellschaft belasten. Die schädlichen Tendenzen der vergangenen Jahre, den liberalen Arbeitsmarkt immer mehr zu regulieren, die Energie und den Transport zu verteuern und den bürokratischen Aufwand zu vergrössern, sind endlich zu stoppen. Unseren erfolgreichen kleinen und mittleren Unternehmen ist unbedingt Sorge zu tragen.

Durch die unkontrollierte Zuwanderung erlebt die Schweiz eine regelrechte Bevölkerungsexplosion und bringt uns in vielen Belangen in

Bedrängnis. Es kommt das Gefühl auf, im eigenen Land zunehmend fremd zu werden. Das darf nicht passieren und muss mit aller Vehemenz bekämpft werden, ganz nach dem Motto: Schweizer Bürger an erster Stelle!

Sicherheit mit Freiheit - Demokratie mit Unabhängigkeit - Wohlstand mit Selbstverantwortung. Dieses wertvolle Erbe unserer Vorfahren gilt es unseren Kindern und Grosskindern zu sichern. Damit die Schweiz Schweiz bleibt!



Für den Kanton Schwyz in den Nationalrat



Rita Helbling

- + Beruf:**
Unternehmerin, Pflegefachfrau
Intensivpflege
- + Funktion:**
Säckelmeisterin Gemeinde Steinerberg
RPK Bezirk Schwyz, Präsidentin seit 2022
- + Wohnort:** Steinerberg
- + Jahrgang:** 1970
- + Zivilstand:** verheiratet, vier Kinder
- + Hobbys:** Pilze sammeln, Vereinstätigkeit,
Kirchenchor, geselliges Beisammensein



Leben in der Schweiz muss bezahlbar sein

Die Krankenkassenprämien steigen jährlich und das Gesundheitswesen ist kaum mehr finanzierbar. Kein Wunder landet die Sorge um die Bezahlbarkeit der Prämien auf den vordersten Plätzen des Sorgenbarometers. Es muss dringend gehandelt werden. Systemfehler wie der Überkonsum müssen mit Anreizsystemen wie zum Beispiel «Notfallgebühren» oder höher wählbaren Franchisen mit entsprechenden Prämienrabatten gedrosselt und nicht mit Millionen von Steuergeldern in Form von Prämienverbilligungen zugedeckt werden. Weniger Arzt- und Notfallbehandlungen von Bagatellfällen würden im gleichen „Aufwisch“ dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Ebenfalls muss der «Akademisierung» Einhalt geboten werden. Während die Politik das duale Bildungssystem rühmt, spürt man in der Praxis wenig davon. Absolventen einer Berufslehre oder einer höheren Fachprüfung werden lohn-technisch und bezüglich Anerkennung stets zweitklassig behandelt. Die Schweiz ist einer der erfolgreichsten Wirtschaftsstandorte, weil gut ausgebildete Praktiker und Theoretiker Hand in Hand zusammenarbeiten. Dies gilt es

zu bewahren und zu stärken. Ein gutes Zeichen für den Anfang wäre eine finanzielle Angleichung der Studiengebühren von höheren Fachschulen an die Semestergebühren von Fachhochschulen und Universitäten.

Unsere Jugend soll eine wirtschaftlich und finanziell selbstbestimmte Zukunft vor sich haben. So sind die Schaffung und der Ausbau sozialer Hängematten mittels 4-Tage-Woche, monatelanger Elternzeit oder einem bedingungslosen Grundeinkommen vehement zu bekämpfen. Unsere Vorfahren haben durch Not, Verzicht, Innovation und mit grossem Arbeitseinsatz den Schweizer Wohlstand geschaffen. Dieser erfolgreiche Weg gilt es weiter zu gehen. Grosser Arbeitseinsatz soll sich auch in Zukunft materiell und gesellschaftlich lohnen. Eine Wohlfühlloose auf Kosten der „Chrampfer“ ist weder solidarisch noch langfristig finanzierbar.

Übernehmen wir Eigenverantwortung und schaffen tragfähige, zukunftsorientierte Lösungen. Ganz nach dem Motto „Schweizer Qualität“!



Thomas Hänggi

- + Beruf:**
Geschäftsführer, Inhaber einer
Baumanagementunternehmung
- + Funktion:** Kantonsratspräsident 2021-22,
Mitglied der Fachkommission Sicherheit der
SVP Schweiz, Oberst im Stab der Territorialdi-
vision 4
- + Wohnort:** Schindellegi
- + Jahrgang:** 1969
- + Zivilstand:** Ledig
- + Hobbys:** Skifahren, Wandern, Schiessen
und Wassersport



Meine Motivation für den Nationalrat

Wir leben in einer weltweit vernetzten Gesellschaft, welche sehr agil auf Veränderungen reagiert. Die globalen wirtschaftlichen Veränderungen, welche auf verschiedenen Ursachen beruhen, bedingen bei uns einen politischen Wandel, welcher die mögliche Lageentwicklung miteinbezieht. Ohne diesen Wandel wird die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger weiter stetig fallen.

Es stimmt mich traurig, wenn bereits jetzt jeder fünfte 75-Jährige an der Armutsgrenze lebt, wenn eine breite Bürgerschaft die Lebenshaltungskosten nur noch mit viel Mühe oder gar nicht begleichen kann, wenn die innere Sicherheit in unseren Grossstädten teilweise nicht mehr gegeben ist und wenn lautstarke Kleingruppierungen mit ihren Handlungen unsere Demokratie untergraben. Hier muss nun im Bundesparlament unverzüglich und vorbehaltlos gehandelt werden!

Politik darf in der heutigen komplexen Zeit nicht in «Gut» und «Böse» moralisiert werden. Ich habe bereits im Kantonsrat bewiesen, dass ich Missstände beim Namen nenne und not-

wendige Gegenmassnahmen im Parlament einbringe. Gerne würde ich dies für Sie in Bern unter meinem Wahlmotto tun:
Mit Sicherheit Klartext.





Jetzt den Wandel einläuten – JSVP wählen!

Unser Land hat schon einige Krisen überstanden. Und auch unser Kanton hat in den letzten 100 Jahren eine eindrückliche Entwicklung hingelegt. Damit dies so bleibt, braucht es nun frischen Wind und ein starkes Zeichen nach Bern! Die JSVP steht mit vier ausgezeichneten Kandidaten bereit, um der eingesessenen «*classe politique*» zu zeigen, was es heisst, sich wieder für das Wohl von Land und Leuten einzusetzen.

Die Grafik macht Angst: Die Schweiz ist in den Jahren 2000 – 2021 um sagenhafte 21 Prozent gewachsen. Noch schlimmer steht es aber um unseren schönen Kanton Schwyz: Ein relatives Wachstum von 26.4 Prozent drückt sich aus in Dichtestress, gestiegener Kriminalität, unbezahlbaren Mieten oder explodierenden Krankenkassenprämien. Immer mehr Menschen in unserem Kanton verbrauchen logischerweise immer mehr Ressourcen. Der Kanton, seine Infrastruktur aber auch wir als Gesellschaft stossen immer mehr an unsere Grenzen.

Die JSVP ist sich einig, dass dieser Entwicklung dringend Einhalt geboten werden muss! Wir setzen uns als aktivste Jungpartei im Kanton mit vollem Elan für eine lebenswerte Schweiz ein, die nicht überflutet wird mit Wirtschaftsmigranten. In Bern würden wir uns, wie auch bisher im Kanton Schwyz, mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass Schweizer Bürger wieder an erster Stelle in der Politik

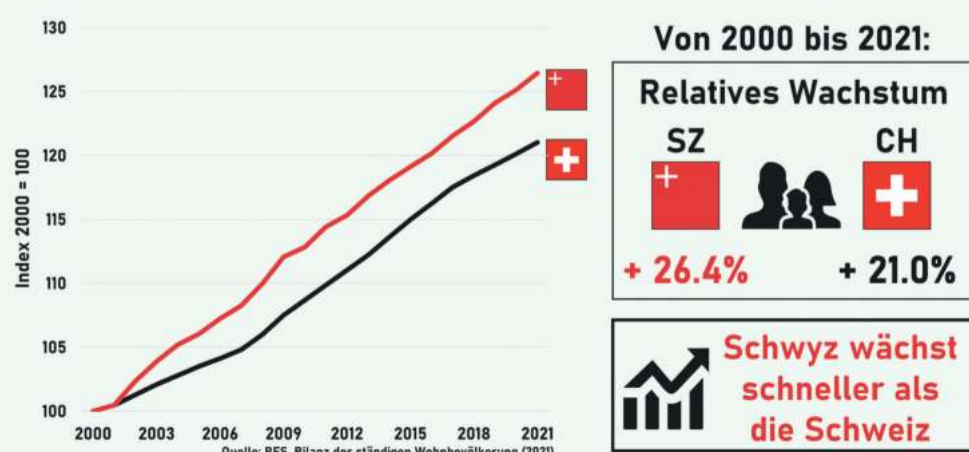
stehen und kriminelle Ausländer diskussionslos in ihr Herkunftsland ausgewiesen werden.

Es gibt kein Problem in unserem Kanton, das durch das Bevölkerungswachstum nicht noch verschärft wird. Um ein konkretes Beispiel aufzunehmen, widmen wir uns doch kurz dem CO₂-Ausstoss. Von den Medien und allen Mitte-Links Parteien verteufelt, hören wir heute immer nur überall, dass wir unbedingt CO₂ einsparen müssen. Haben Sie gewusst, dass der schweizweite CO₂-Ausstoss pro Kopf

in den letzten 30 Jahren um 33 Prozent gesunken ist? Der totale Ausstoss ist jedoch «nur» um 15 Prozent gesunken. Dies hat einen einfachen Grund: Wenn Herr und Frau Schweizer pro Kopf zwar sparen Herr und Frau Schweizer pro Kopf CO₂ ein, weil aber die Bevölkerungszahl aufgrund der masslosen Zuwanderung explodiert, wird, wird diese Einsparung wieder zunichte gemacht. Wem die Umwelt am Herzen liegt, der beschränkt das Bevölkerungswachstum in unserem Land und unserem Kanton!

« Mit Ihrer Stimme für die JSVP - Liste 6 setzen Sie ein Zeichen: Dass Sie in keiner 10 Millionen Schweiz leben wollen, dass Sie junges, bürgerliches Engagement wertschätzen und dass Sie die SVP stärken möchten. »

Bevölkerungswachstum in Schwyz



Listenverbindung
mit der SVP Kanton Schwyz

Nur gemeinsam sind wir stark!

Am 22. Oktober dürfen wir einmal mehr unsere direkte Demokratie hautnah erleben. Wir erhalten die alles andere als selbstverständliche Gelegenheit, unsere Zukunft für die nächsten 4 Jahre aktiv selber zu bestimmen. Der National- und Ständerat der Schweiz werden neu gewählt und alle stimmberechtigten Schweizer Bürger erhalten die Chance, den Kurs der Politik zu korrigieren.

Ich könnte an dieser Stelle lange darüber schreiben, wie schädlich der links-grüne Wahlerfolg vor vier Jahren für unser Land war. Eine völlig aus dem Ruder gelaufene Asylpolitik, eine kurzsichtige und völlig dilettantische Energiepolitik sowie ein grassierender «Woke-Wahnsinn» in unserem (noch) schönen Land sind nur ein Bruchteil der negativen Folgen der utopischen rot-grünen «Pflasterli-Politik».

Doch an dieser Stelle möchte ich einen Aufruf an Sie alle platzieren:

Bitte gehen Sie am 22. Oktober wählen und am besten wählen Sie die Liste 6 der Jungen SVP des Kantons Schwyz! Denn: Es braucht uns alle – nur gemeinsam sind wir stark!

Die JSVP SZ wehrt sich mit einem jungen, dynamischen Team gegen das explodierende Bevölkerungswachstum, die von Ideologie getriebene Energiepolitik und gegen den Woke-Wahnsinn in der Schweiz, der selbst vor unseren Schulen nicht Halt macht. Diesen Entwicklungen muss Einhalt geboten werden. Die links-grüne «*classe politique*» in Bern kennt die Richtung für eine positive Entwicklung der Schweiz schon lange nicht mehr. Es ist jetzt an der Zeit, frischen, jungen Wind nach Bern zu wählen und die SVP im Allgemeinen zu stärken. Ich habe das grosse Privileg, mit

einem super Team im Vorstand und der Wahlkommission, die grösste und aktivste Jungpartei im Kanton Schwyz zu präsidieren. Es erfüllt mich immer wieder mit grossem Stolz, mitanzusehen, wie junge Erwachsene Verantwortung für ihre Zukunft und ihr Land übernehmen.

Mit einer Stimme für die JSVP – Liste 6 zeigen Sie Ihre Wertschätzung für junge, engagierte und bürgerlich denkende Menschen im Kanton und stärken gleichzeitig die SVP des Kantons Schwyz.

Besten Dank!

Mattia Mettler
Präsident JSVP SZ
Arth



Wir empfehlen Ihnen
in
den **Nationalrat:**

Mattia Mettler

Wohnort:
Arth

Schwerpunkte:
Finanz- & Wirtschaftspolitik,
Energiepolitik, Ausländerpolitik

Hobbys:
Fussball, Poker,
Besuch von Sportanlässen

Jahrgang:
1999

Beruf:
Politischer Projektleiter

Politisches Engagement:
Präsident JSVP SZ /
Vorstandsmitglied JSVP CH /
Stimmenzähler Gemeinde Arth

Jung, dynamisch und unbequem!

Nachdem vor 4 Jahren eine rot-grüne Lawine über unser Land gerollt ist, wird es nun Zeit, gesunden Menschenverstand und frische Dynamik nach Bern zu bringen. Ich setze mich konsequent für eine lebenswerte, freie und unabhängige Schweiz ein und bringe frischen Wind und Taten-drang nach Bern.



Gemeinsam stark für unsere Mitbürger

Ich setzte mich für eine Arbeitsreform ein. Einen Beruf zu erlernen, ist nicht weniger Wert als ein Studium zu machen. Sicherheit und Gerechtigkeit für alle, stehen an erster Stelle - wir gemeinsam sind die Schweiz!

Sarah Zimmermann

Wohnort:
Ibach

Schwerpunkte:
Sicherheitspolitik,
neue Arbeitsreform, Gerechtigkeit

Hobbys:
Fotografieren, Reisen, Sport

Jahrgang:
1997

Beruf:
Bauleiterin

Politisches Engagement:
Vorstand JSVP SZ

Kim Pfadenhauer

Wohnort:
Freienbach

Schwerpunkte:
Migrationspolitik,
Finanz- & Wirtschaftspolitik

Hobbys:
Sport allgemein, Natur, Vereinsleben

Jahrgang:
1993

Beruf:
Kaufmann

Politisches Engagement:
Fraktionssekretär SVP Kanton Schwyz
Vorstandsmitglied SVP Freienbach

Für eine wohlhabende, sichere Schweiz

Als junge Führungskraft in der Wirtschaft sind mir komplexe Spannungsfelder aus der täglichen Arbeit bekannt. Ich bringe meine bereits umfassende berufliche und politische Erfahrung sowie meine ausgeprägten Führungsfähigkeiten ein. Die Schweiz soll unabhängig, selbstbestimmt und neutral bleiben.



Für eine starke unabhängige Schweiz

Ich setze mich für einen starken Föderalismus ein, in welchem jeder Kanton seine Angelegenheiten erledigen kann, ohne Einmischungen des Bundes. Des Weiteren setze ich mich für die bestehende Neutralität ein und dafür, dass sich die Schweiz nicht in die Angelegenheiten anderer Länder einmischt.

Marco Kälin

Wohnort:
Euthal

Schwerpunkte:
Migrationspolitik und
Unabhängigkeit

Hobbys:
Töff fahren, Wandern, Schiessen

Jahrgang:
2000

Beruf:
Informatiker

Politisches Engagement:
Mitglied JSVP SZ



National- und Ständeratswahlen 22. Oktober 2023

So wählen Sie richtig!

1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert, darin finden Sie folgendes Material:

- Block mit vorgedruckten Nationalratskandidaten-Wahlzetteln (Listen)
- Ständeratswahlzettel
- Kleines Couvert
- Stimmrechtsausweis

2. Wählen Sie Ihre Nationalräte:

Trennen Sie die SVP-Liste vom Wahlzettel-Block ab und legen Sie die **SVP-Liste Nummer 1** oder die JSVP-Liste **unverändert** ins kleine Couvert.

3. Wählen Sie Ihre Ständeräte:

Kreuzen Sie auf dem Wahlzettel für die Ständeratswahlen nur den Namen Pirmin Schwander an und legen Sie den Zettel ins kleine Couvert.

4. Stimmrechtsausweis unterschreiben:

Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis eigenhändig.

5. Alles ins grosse Couvert:

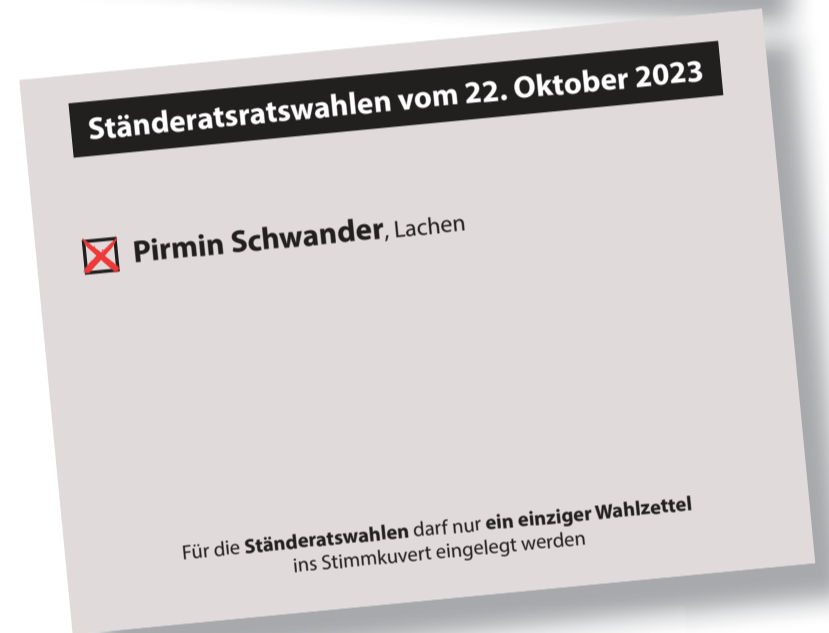
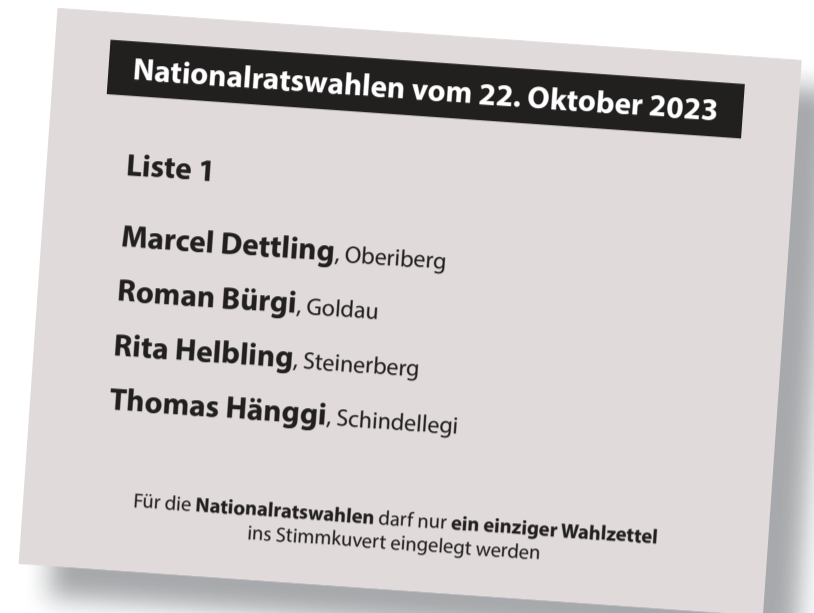
Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen, so dass die Adresse der Gemeinde im Sichtfenster zu sehen ist. Wenn nötig, frankieren Sie das Couvert. Und dann ab zur Post oder werfen Sie das Couvert bei Ihrer Gemeinde ein.

6. Abschicken:

Couvert bis spätestens 19. Oktober per A-Post aufgeben oder bis 20. Oktober auf die Gemeinde bringen oder am 22. Oktober an die Urne gehen.

Achtung!

- Legen Sie nur eine Nationalratsliste und eine Ständeratsliste ins Couvert, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!
- Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!



Liste 1

in den Nationalrat

